

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 30 (1936)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rundschau

Zur Chronik.

I. Weltpolitisches.

1. *Außer Europa. Abessinien.* Immer deutlicher zeigt sich, daß die Behauptung, Abessinien sei erobert und das fait accompli geschaffen, verbrecherischer Humbug war, für Leute wie Eden, aber auch für Blum, bequem, um das abessinische Problem loszuwerden. Neuerdings berichtet der englische Fliegerhauptmann Brophil der fehr soliden und angefehlten „Londoner geographischen Gesellschaft“, daß nur etwa ein Fünftel von Abessinien wirklich erobert sei. Der eilige Vorstoß auf Addis Abeba, durch völlig rücksichtslose und unerhört ruchlose Anwendung des Giftgases durchgesetzt, war ein auf Genf berechneter und dort willkommener Bluff. Addis Abeba ist nach sicheren Berichten fortwährend aufs äußerste bedroht. Auf ganz Westabessinien hat noch kein Italiener seinen Fuß gesetzt. Dort gibt es, in Gore, eine rechtmäßige abessinische Regierung, die sich dem Negus unterstellt. Brophil behauptet, daß nur einige wenige Hauptorte wirklich im Besitze der Italiener seien. Er hat selbst gesehen, wie in einer Woche etwa 450 italienische Verwundete den Suezkanal passierten. Die Regierung in Gore soll den Wunsch geäußert haben, Westabessinien als Mandatsgebiet des Völkerbundes England, Schweden oder der Schweiz zu unterstellen. Falls es der Schweiz zufiele, so würde ich vorschlagen, Motta als Gouverneur hinzuschicken, besonders auch wegen seiner Verdienste um Abessinien.

Der Negus hat in der Zeitschrift „Vu“ den abessinischen Krieg, so wie er ihn sieht und erlebt hat, geschildert. Seine Darstellung des italienischen *Giftgas-krieges* gehört zum Grauenhaftesten all des Grauens unserer Zeit. Dafür sagt Graziani den Abessiniern: „Die Gerechtigkeit, die Italien übt, ist wie das Schwert Gottes.“ In Genf aber finnen sie darüber, wie man auf die geschickteste Art Abessinien von einer neuen Teilnahme an einer Völkerbundssitzung ausschließen könnte, um das zarte Empfinden Mussolinis und seiner Journaille nicht zu beleidigen.

Aegypten. Die Verhandlungen zwischen *Aegypten und England* sind nun abgeschlossen. Aegypten wird damit formell unabhängig. Das englische Militär zieht sich in die Kanalzone zurück. Das System der Kapitulationen, d. h. die fremde Gerichtsbarkeit, soll so rasch als möglich aufgehoben werden. Für den Sudan wird ein Kondominium, d. h. eine gemeinsame englisch-ägyptische Verwaltung eingerichtet. In dieser werden bis auf weiteres die Engländer die Oberhand haben. Die äußere Politik Aegyptens wird durch ein Bündnis mit England geregelt. Dieses darf im Kriegsfalle ägyptische Häfen benutzen. Das ägyptische Heer, das stark vermehrt werden soll, wird durch englische Offiziere instruiert. Aegypten wird Mitglied des Völkerbundes.

Palästina. Die Gewalttaten der Araber haben sich verschärft. Arabische Politiker Vorderasiens, Nuri Pascha, der Außenminister des Irak, Emir Abdullah von Transjordanien und Emir Faïsal von Syrien haben sich bemüht, eine Beilegung des Konfliktes auf Grundlage des Verbotes der weiteren jüdischen Einwanderung zustande zu bringen. In jüdischen Kreisen fürchtete man, England werde darauf eingehen und vielleicht sogar die Balfour-Deklaration zurückziehen, d. h. das Mandat über Palästina aufzugeben. Statt dessen hat sich England entschlossen, eine ganze Division (10 000 bis 15 000 Mann) nach Palästina zu schicken und dort endlich dem Treiben der arabischen Terroristen ein Ende zu machen. Nachher soll eine „königliche Kommission“ nach Palästina gehen und versuchen, eine Neuordnung des Verhältnisses von Juden und Arabern zu schaffen.

Inzwischen hat in Luzern ein *Jüdischer Weltkongress* stattgefunden, der, wie es scheint, eine Stärkung der ganzen jüdischen Sache bedeutet.

Syrien. Die Neuordnung in *Syrien* ist nun fertig geworden in dem Sinne, daß

das Verhältnis zwischen Frankreich und Syrien ungefähr so wird, wie das zwischen England und dem Irak. Auch Syrien soll Mitglied des Völkerbundes werden.

So vollzieht sich die Loslösung Vorderasiens wie Aegyptens, in concreto: des Arabertums von Europa. Hoffentlich wird daraus eine neue und bessere *Verbindung*. Das gilt, mutatis mutandis, auch für Palästina.

Amerika. In Südamerika greift die Bewegung des *Jungen Amerika* um sich. Ihr Organ ist die Apra = Alleanza popolar revolucionaria Americana (Revolutionärer amerikanischer Volksbund). Es ist vor allem eine Bewegung der Jugend. Ihr Führer ist *Haya della Torre*, der in Peru als Präsident vorgeschlagen ist. Sie wendet sich gegen die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten, gegen allen Imperialismus und Kapitalismus, gegen alle Wahl- und Bereicherungskorruption. Ohne kommunistisch zu sein, fordert sie die Aufteilung des feudalen Landbesitzes und seine Verteilung an die besitzlosen Volksmassen.

In den *Vereinigten Staaten* ist der Wahlfeldzug in vollem Gang. Roosevelt ist von den Demokraten einstimmig wieder zum Kandidaten ernannt worden. Seine Botschaft zeigt ein gewisses Verständnis für die Arbeiterschaft, das schon das Wahlinteresse fordert, erstattet aber auch der egoistischen Isolierungstendenz ihren Tribut. Das letztere gilt auch von der seines republikanischen Konkurrenten Landon, der sich aber gegen den Konfessionalismus und den Rassiehaß wendet. Roosevelt denke an die Einberufung einer panamerikanischen Friedenskonferenz, ja vielleicht auch eines Weltfriedenkongresses der Staaten. Zu Spanien aber stellt man sich „neutral“ — und das ist ja heute das Höchste, was es gibt! (Es bedeutet besonders auch, daß man von allen Aufträge für Krieg und Kriegsrüstung annimmt.)

In *Kanada* ist die liberale Regierung bei Provinzialwahlen vollständig geschlagen worden. Die Bedeutung dieser Tatsache entzieht sich meiner Kenntnis.

Ostasien. Der zurückgetretene *japanische* Botschafter in Moskau, Ota, nimmt in einem Interview mit japanischen Journalisten lebhaft für — *Rußland* Partei und fordert Japan auf, sich anders zu ihm zu stellen. Es verlautet, daß Japan Englands Freundschaft suche.

In *China* soll die nationale Einheit gestärkt, wenn auch nicht völlig hergestellt sein.

Alles nicht ungünstige Aspekte. Vorläufig!

2. In *Europa*. In *Griechenland* ist unter Zustimmung des wortbrüchigen Königs die Militärdiktatur mit den üblichen Mitteln eingeführt worden: es drohe ein kommunistischer Umsturzversuch und müsse Ruhe und Ordnung garantiert werden usw. In Wirklichkeit schaffte die Regierung durch ein Gesetz, das bei Arbeitskonflikten die „Zwangsfchlichtung“ vorsah, das Streikrecht der Arbeiter zugunsten der Unternehmer ab und schaltete gleichzeitig die Arbeiterschaft aus der Verwaltung der Versicherungskassen aus. Als die Arbeiterschaft, sich gegen ihre Entrichtung wehrend, mit Generalstreik drohte, da machte man daraus einen „kommunistischen Aufstand“. Ähnlich verhielt man sich gegen die Bestrebungen, eine „Volksfront“ zu bilden. Metaxas schwärmt für Hitler; dieser ist der Gewinner.

Beim Sturz *Titulescus* scheint außer dem nationalsozialistischen Einfluß auch das „Cherchez la femme“ (Frau Lupescu, die Mätresse des Königs!) eine Rolle gespielt zu haben. Dazu die Eifersucht auf den bedeutenderen Mann. Rein politisch habe man Titulescu besonders seine russlandfreundliche Politik vorgeworfen. Mit der Verbindung zwischen Russland und der Tschechoslowakei durch Besarabien hindurch wäre es nun nichts. Dagegen könne infolge der neuen Annäherung zwischen Frankreich und Polen das Verhältnis zwischen diesem und Rumänien besser werden. Ungünstige Ausichten eröffnen sich dagegen für die *Juden*: der Antisemitismus der „Eisernen Garde“ wird sich nun vollends ungehemmt entfalten können. Gegner des neuen Kurses sind die „nationale Bauernpartei“, die Demokraten und natürlich die Sozialisten.

In *Bulgarien* scheint sich im Gegensatz zu den an den Kabinettswchsel geknüpften Hoffnungen die Militärdiktatur zu festigen. Der König Boris macht einen Besuch in Rom!

In Oesterreich haben bei der Ankunft der olympischen Fackelläufer in Wien die Nationalsozialisten mit „Heil Hitler!“, Horst-Wessel- und Deutschlandlied gegen Schuschnigg demonstriert. Daraufhin ist die Amnestiebewegung etwas gebremst worden. Immerhin soll sich diese auf 10 000 bis 17 000 Personen erstreckt haben. Es fehlt aber nicht an allerlei Einschränkungen. Im übrigen versucht man die „Normalisierung“ des Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich fortzuführen. Die Tausendmarksperre wird grundsätzlich aufgehoben (freilich bleibt die Devisionssperre) und die Handelsbeziehungen werden neu geregelt. Starhemberg ist an die Wand gedrückt. Die „Vaterländische Front“ dominiert. Die Jugend wird ihr als „Jungvolk“ angeschlossen. Die Rompakte bleiben in Kraft und sollen als Damm gegen Hitler dienen.

Wo bleibt die *Sozialdemokratie*? Eine Delegation der englischen Arbeiterpartei, die aber Schuschnigg nur durch einen Unterbeamten empfangen ließ, fordert von neuem *Demokratie*, d. h. freie Organisation, freie Rede, freie Versammlung, freie Verwaltung für die sozialistische Arbeiterschaft.

Aber wo bleibt diese? Wie bitter büßt sie nun für die Anschlußverblendung schlecht orientierter Führer!

In der *Tschechoslowakei* hat Präsident Benesch die Sudetendeutschen besucht und ihnen viel Entgegenkommen gezeigt.

In *Belgien* hat ausgerechnet der „radikale“ Sozialist Spaak, jetzt Außenminister, erklärt, daß Belgien gesonnen sei, künftig, etwas draufdrückt, auf kollektive Sicherheit und dergleichen zu pfeifen und sich auf eigene Faust zu sichern, so gut es gehe, d. h. allfällig durch eine „Verständigung“ mit Hitler. Darüber mit Recht große Beunruhigung in der Partei. Es geht doch nichts über „praktisch“ gewordene sozialistische Radikalinsky!

In Oslo hat ein Kongreß der „*Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Nationalisten*“, das heißt: ein Kongreß vegetarischer Fleischfresser, stattgefunden, an dem auch „unser“ Rolf Henne teilnahm. Es wurde auch eine „Akademie für Völkerrecht“ geschaffen. Kann es für wirklichen „Nationalismus“ ein Völkerrecht geben?

II. Frankreich.

Der 14. Juli ist besonders in Paris enthusiastisch verlaufen. Der Erfolg von Montreux (in der Meerengenfrage) vervollständigte sich in einem Pakt mit der Türkei. Ein Besuch des englischen Königs bei der Einweihung des Kriegerdenkmals auf dem Hügelrücken von Vimy in Nordfrankreich (einer der erschütterndsten Stellen des Weltkriegsfeldes!) bestätigte die Freundschaft mit England.

Das sozialreformerische Programm wird weiter ausgeführt. Zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit wird die Schulzeit um ein Jahr (wenn ich nicht irre) verlängert und die Altersgrenze für die Pensionierung herabgesetzt, vor allem aber ein großes Programm für Arbeitsbeschaffung aufgestellt. Zugunsten der mittleren und kleineren Betriebe wird eine Kreditorganisation geschaffen.

Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie wird, innerhalb ihrer Grenzen, gesetzlich festgelegt.

Man redet aber, zum Teil wohl mit Recht, von einer *Krise* der Regierung Blum. In der Innenpolitik bezieht sie sich auf die schwere Lage jener mittleren und kleinen Betriebe, deren Ursache die sozialreformerischen Maßnahmen, besonders die Lohnerhöhungen seien, zugleich aber auf die Preiserhöhungen, die diese illusorisch machten. Gegen die behauptete Sabotage jener Reformen richtet sich eine „neue Streikwelle“ mit Fabrikbesetzungen, gegen die sich aber ein Teil der Arbeiter selbst wende. Gleichzeitig wird eine starke Erhöhung des Konsums behauptet. In bezug auf die Außenpolitik aber bezieht sich die Krise vor allem auf die Stellung der Regierung Blum zum spanischen Bürgerkrieg. Blum muß sich vor der Arbeiterschaft rechtfertigen. Diese fordert immer wieder: „Kanonen und Flugzeuge für Spanien!“ Von der Metallarbeiterenschaft geht ein Proteststreik gegen jene Haltung aus. Im übrigen ist davon anderwärts die Rede.

Auf die zweijährige Dienstzeit in Deutschland antwortet Frankreich, aus Rücksicht auf die Volksstimmung, nicht mit einer Erhöhung der Dienstzeit, sondern einer des Berufsheeres von 120 000 auf 200 000 Mann und mit Verbesserung der technischen Ausstattung, für die zehn Milliarden Franken (= zwei Milliarden Schweizerfranken) ausgesetzt werden.

III. Italien.

Mussolini hat bei Anlaß großer Manöver zu Avellino (in Südalien) eine seiner Reden voll frecher Gottlosigkeit gehalten. „Wir können immer im Laufe weniger Stunden und auf bloßen Befehl hin acht Millionen Menschen mobilisieren.“ „Damit garantieren wir den äußeren und inneren Frieden und leisten unsfern Beitrag an das Werk der Zivilisation.“ „Wir lehnen freilich den Unsinn des ewigen Friedens ab, der unserer Doktrin und unserem Temperament fremd ist.“ „Wir haben einen der gerechtesten Kriege der Geschichte hinter uns.“ (Vgl. den Bericht des Negus über die Giftgaschlachten!)

Bei Anlaß einer Erkrankung seiner Tochter soll Mussolini in einem Interview erklärt haben: „Lieber noch einen zweiten Afrikakrieg [mit Tausenden von vergifteten Eltern und Kindern!], als diese Krankheit meiner Tochter. Zu solchem Familienelend fehlt mir die Kraft.“

Inzwischen hat Italien die Ehre erlebt, in Venedig den Besuch des Edelmenschen Doktor Göbbels zu empfangen.

IV. Deutschland.

Der *Olympiaschwindel*, zu dem besonders auch eine tragikomische Propaganda Doktor Leys für die deutsche „Freude“ gehörte („Im Mittelpunkte des Lebens des heutigen Deutschland steht die Freude“ — in Dachau und Oranienburg!), muß finanziell gar nicht rentiert haben; es habe statt der erhofften Devisenvermehrung ein großes Defizit ergeben. Vielleicht sogar ein politisches. Denn die Praktiken, die man in den Preisgerichten angewendet, hätten viel böses Blut gemacht. Auch hätten die großen Erfolge der „Untermenschen“, vor allem der Neger, nicht ganz zum Rassenevangelium gestimmt. Dazu sorgten illegale Flugblätter, durch sehr geniale Methoden verteilt, für einige Aufklärung.

Auch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit habe nur mäßige Begeisterung erregt. Die *Opposition* wachse überhaupt und die Wirtschaftslage bewege sich weiter auf der Linie: „Erhaltung der Konjunktur durch stets fortgesetzte Aufrüstung oder Krieg“ dem Abgrund entgegen. Die zweijährige Dienstzeit solle tatsächlich auch dem Zwecke dienen, die Arbeitslosigkeit zuzudecken. Die Aufrüstung geht dabei im gleichen Fiebertempo vorwärts.

Die Opposition kommt immer mehr auch aus dem Innern der Partei. Dazu hilft auch die wachsende *Korruption*. So ist einer der „prominentesten“ Führer, Kube, Oberpräsident von Brandenburg-Westpreußen, Gauleiter der Kurmark, Mitglied des Staatsrates, Präsident der preußischen Kammerfraktion, Dichter des germanische Reinheit und Heldenkraft verherrlichenden Stük „Totila“, wegen riesigen Unterschlagungen und Mißbrauch von Hitlermädchen in großem Maßstab verhaftet worden und hat sich nun durch Selbstmord dem Gericht entzogen.

Der Bedrohung von innen her entspricht die Verstärkung des *Unterdrückungssystems*. Vor allem gehört hierher die Konzentration der ganzen Polizeimacht in den Händen der Hitler-Kreaturen Himmler und Daluge. Die ganze Jugend wird nun auch im „Reichsbund für deutsche Leibesübungen“ zusammengefaßt. Neue Schläge werden besonders gegen die katholischen Caritas-Vereine geführt. Von neu verbotenen Büchern nenne ich besonders Huizingas: „Im Schatten von morgen“. Seit 1933 seien 93 000 Juden aus Deutschland vertrieben worden.

Und nun hat in Nürnberg das große Theater des *Parteitages* begonnen, inmitten von fabelhaftem Prunk und Bluff. Man erwartet davon wieder sensationelle Erklärungen Hitlers. Kreuzzug gegen den Kommunismus? Rückkehr nach Genf? Deutsche Kirche? Wir werden sehen! Vor allem fürchten die Juden und die An-

hänger der Bekenntniskirche nun, nachdem Olympia vorbei ist, neue Schläge. Auf alle Fälle wird die *Lüge* das Wort haben. (Vgl. S. 423.)

V. Völkerbund und Aehnliches.

Man will Hitler um jeden Preis nach Genf haben. Das wäre besonders eine Wonne für die Engländer, aber wohl auch Blum würde das für Gewinn halten. Hitler und Mussolini in Genf — Hüter des Völkerrechtes — das ist fast noch mehr als Olympia!

Inzwischen spitzt man auf die sogenannte *Fünfer-Konferenz*, d. h. auf die Locarnokonferenz, an der England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien teilnehmen sollen. Deutschland verlangt für seine Teilnahme „Gleichberechtigung“ und übt allerlei Erpressung. Ebenso Mussolini. Dieser verlangt wohl vor allem Anerkennung seines abessinischen „Imperiums“. Deutschland möchte auch Rußland ausgeschlossen wissen (wobei Stalin ihm wacker hilft!) und ebenso die Tschechoslowakei. Inzwischen überbieten sich besonders die Engländer, welche die armen spanischen Matrosen, als sie sich ein englisches Schiff auf Waffen und Munition für die Faschisten ansehen wollten, mit Kanoneneschlünden bedrohen, in Um schmeichelung Mussolinis und besonders Hitlers.

In Genf gehen die Vorschläge zur *Reform des Völkerbundes* ein. Sie verlangen meistens *Stärkung* desselben. Eine edle Ausnahme macht das Memorandum der *Schweiz* (d. h. Mottas). Davon anderwärts.

VI. Die Friedensbewegung.

So fehlt man sich über den Radikalismus des *französischen Antimilitarismus* freuen darf, wenn man bloß an den Militarismus denkt, so kann man doch auch wieder nicht schwere Bedenken unterdrücken, wenn man einzelne seiner Aeußerungen vernimmt. So ist auf der Generalversammlung der *französischen Lehrerschaft* (Syndicat national des instituteurs) in *Lille* erklärt worden, gegen die Faschisten im eigenen Lande wolle man wohl kämpfen (und zwar mit Waffen), aber nicht gegen die von außen. „Wir sind Rationalisten. Da man von zwei Uebeln das kleinere wählen muß, so lieber Fremdherrschaft als Krieg; denn die Fremdherrschaft wird man vielleicht wieder los, aber aus dem Krieg kehrt man nie mehr zurück.“ Ich möchte hinzufügen: Antimilitaristen auch nicht aus dem Konzentrationslager!

Nein, *so* geht es nicht!

Vollends aber wird der Antimilitarismus der Zeitschrift „*Barrage*“, die von Félicien Challaye geleitet wird, zum Wahnsinn (pazifism run mad) und zum Militarismus! Hier schwärmt man nicht nur beinahe für Hitler, man überschüttet auch Leute, die gegen den Krieg sicher länger auf der Schanze gestanden sind wie Herr Challaye, mit Hohn und Spott, wenn sie darüber anders denken, und scheut vor grober und wissentlicher Entstellung ihrer Aeußerungen nicht zurück. Dabei ist man von so vollendetem Unwissenheit, daß man triumphierend die Abmachungen Hitlers mit Mussolini über Oesterreich als Beweis ausgibt, daß Hitler keine Absichten auf Oesterreich habe! Da kann ich nur sagen: Wenn Antimilitarismus gemeinsame Unritterlichkeit, Illoyalität, Unwissenheit und willentliche Blindheit bedeutet wie bei solchen Leuten, dann Militarismus her!

Böse Elemente schleichen sich überall in die Friedensbewegung ein, wenn auch nicht überall in so kraffer Gestalt. Vom *Rassemblement* soll das nächste Mal gezeigt werden. Es hat inzwischen in *Brüssel* seinen Kongreß gehalten. Auch dort hat es sich unter das kaudinische Joch unwürdiger Bedingungen begeben und Enthaltung von allen Angriffen auf den Faschismus und Nationalsozialismus versprochen. Man hat das so formuliert: Der Kongreß solle nicht Politik treiben. Aber kann man von Frieden und Völkerbund reden, ohne Politik zu treiben? Eine Frage: Haben Vandervelde und de Man in diese Bedingungen ohne Protest gewilligt? Wenn ja: Können sie das als Männer und Sozialisten verantworten?

Der Kongreß sei im übrigen unter gewaltiger Beteiligung (4000 Menschen aus allen Ländern) stimmungsvoll verlaufen. Das ist etwas, aber nicht das, was man hätte erwarten und erhoffen dürfen.

Von dem *Weltjugendkongreß* für den Frieden, der fast gleichzeitig in *Genf* stattfand (unter welchen Bedingungen?) ist nach dem, was man bis jetzt erfahren hat, Aehnliches zu sagen: Ein Erlebnis auf der einen Seite, aber daneben viel zerfließende Unklarheit und auch Mangel an Charakter.

Ueber beide Versammlungen nächstes Mal mehr.

In *technischer* Beziehung steht das Friedensproblem unter einem Doppelzeichen: dem Kampf gegen die *Rüstungsindustrie* auf der einen und der *Erhöhung der Dienstzeit* in Deutschland und Rußland und der militärischen Rüstung in Frankreich auf der anderen Seite.

Auf alle Fälle: *die Friedenssache lebt!*

VII. Sozialismus und soziale Bewegung.

1. Die *amerikanische Gewerkschaftsbewegung* ist von einer *Spaltung* bedroht. Gegen die sehr reaktionäre, durch Green geleitete alte American Federation of Labour (Amerikanischer Gewerkschaftsbund), welche das veraltete System der *Fach-Organisation* festhält, macht sich eine Bewegung geltend, welche diese durch die umfassendere *Industrie-Organisation* ersetzen will, was eine Radikalisierung und Verstärkung der Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung bedeutet. Diese Opposition geht besonders von den großen Organisationen der Metallarbeiter und Bergleute aus. Sie ist sehr zu begrüßen. Eine Spaltung konnte nur durch gewaltige Konzessionen von seiten Greens vermieden werden.¹⁾ Führer der Opposition ist *Lewis*.

Es gibt in den Vereinigten Staaten gegenwärtig noch 9,5 Millionen *Arbeitslose*.

In *Italien* ist, jedenfalls unter dem Einfluß der französischen Bewegung, eine *Lohn erhöhung* von zehn Prozent nötig geworden.

In *Dänemark* scheint die *Faschisierung der Bauernschaft* Fortschritte zu machen und bis zur Bewaffnung zu führen.

2. Zum sogenannten *Trotzki-Prozeß* ist noch folgendes zu bemerken: Ganz besonders traurig waren die an Verblödung grenzenden *Schuldbekenntnisse* der Angeklagten. Es ist klar: sie waren entweder durch Mißhandlung oder Vergiftung erzeugt oder durch das Versprechen, daß sie durch Begnadigung belohnt würden. Traurig ist auch die Zustimmung *Dimitroffs*. Von dem hätte man gemeint Besseres erwarten zu dürfen. Die Art, wie er die Warnung von Männern wie de Brouckère und die Bitte um eine rechte Verteidigung für die Angeklagten beantwortet hat, ist miserabel. Eine Deutung der Vorkommnisse geht dahin, daß die „Trotzkisten“ durch ihre Opposition gegen das, was sie für Preisgabe des Kommunismus halten, die weltpolitische Lage Rußlands gefährdet hätten. Aber der hätte nun Stalin einen feindsamen Dienst erwiesen! Traurig ist auch die Forderung an Norwegen, Trotzki zu vertreiben.

Große Anstrengungen für die in *Spanien* kämpfenden Genossen machen die *englische* und die *französische* Arbeiterpartei. In bezug auf die Aufrüstung ihres Landes stellt sich die englische auf den Boden, daß sie nur soviel davon bewilligen könne, als wirklich der *kollektiven Sicherheit diene*. Die „*Volksfront*“ mit den Liberalen und Kommunisten lehnen die Gewerkschaften auf ihrer Tagung in Plymouth ab, nicht aber die Zusammenarbeit, auch nicht nach dem auch von ihnen scharf verurteilten *Trotzki-Prozeß*.

Die „*Volksfront*“ wird auch in Japan, Jugoslawien, ein wenig überall verlangt. Mit Recht!

In *Rumänien* ist *Anna Pauker* nun zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden, und ähnlich ihre Genossen.

Die *Transportarbeiter* von *Antwerpen* haben sich geweigert, ein Schiff fahren

¹⁾ Sie ist nun doch eingetreten. (12. September.)

zu lassen, in dem sie Waffen und Munition (für die spanischen Faschisten?) vermuteten.

VIII. Religion und Kirche.

Die *Bekenntniskirche* hat sich sozusagen zum Entscheidungskampfe aufgerafft. Das Neue und Bemerkenswerte ist, daß sie sich in einer für Hitler bestimmten Denkschrift nicht bloß für die Kirche wehrt, sondern nun auch das *politische* Gebiet betritt und sich gegen die Art der „Rechtsprechung“ des Dritten Reiches, die Konzentrationslager und Anderes auspricht. Aehnliches geschieht in einer Erklärung, die auf den Kanzeln verlesen worden ist. Endlich! Wenn es bloß nicht zu spät ist. — Von diesen Dingen vielleicht ein andermal wieder mehr!

Ein Symbol: In *Heiden* (Appenzell-Außenrhein) ist die *Kirche* abgebrannt. Es zeigte sich, daß sie auch ein *Munitionsdepot* sei. Verstehen die Christen die Warnung dieses Symbols?

IX. Religiös-Soziales.

„*Terre Nouvelle*“, die Zeitschrift des linken Flügels der französischen Socialisten chrétiens, ist auf den *Index* gesetzt worden. Wir gratulieren.

Maurice Laudrain, einer der Führer der Bewegung, will einen Parti chrétien révolutionnaire gründen.

Die Socialistes chrétiens sind am 14. Juli mit im Zuge marschiert und sehr begrüßt worden.

Unfere welschen Freunde haben in *Bru* einen Kongreß gehalten, an dem sie besonders die neuen Probleme des Friedenskampfes verhandelten. Von uns Deutschschweizern war Arthur Rich delegiert worden.

Pfarrer *Erwin Eckert*, der nach seiner Entlassung aus dem Nazi-Zuchthaus sich in Frankfurt mit Bücherverleihen mühsam durchzuschlagen versuchte, sei aufs neue verhaftet worden. Laßt uns ihn auch nicht vergessen!

In Zürich, im Börsenfaal (!), konnten wir unlängst *Kagava* hören. Er war von der Vereinigung der evangelischen Arbeiter und Angestellten eingeladen. Seine Rede wurde in der Uebersetzung wacker frisiert. Aber auch so sagte er noch vieles, was wohl, von einem in Zürich selbst Lebenden gesagt, eine solche Versammlung sehr schockieren würde. Japan aber ist weit von hier!

X. Kultur.

Japan verheert systematisch ganz Ostasien durch *Rauschgifte*, um es besser beherrlichen zu können. So berichtet mit viel Details eine so zuverlässige Zeugin wie Muriel Lester.

Das *Auto* hat 1935 in der Schweiz 554 tödliche Unfälle und 14 024 schwere Verletzungen verursacht. Dagegen Eisenbahn, Tram und Dampfschiffe bloß 50 tödliche Unfälle und 1747 schwere Verletzungen. An den Autounfällen waren meistens zu große Eile, Betrunkenheit und törichter Ehrgeiz schuld.

In Holland und anderswo finden große *Erasmus-Feiern* statt. (Erasmus starb 1536 in Basel.)

Mit Heinrich Rickert ist einer der letzten bedeutenden Vertreter der Erneuerung des Kantianismus gestorben. Er hat sein Andenken durch die Kapitulation vor Hitler sehr getrübt. Aber besonders sein Buch über die „Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung“ hat einst sehr dazu beigetragen, den Bann der sogenannten naturwissenschaftlichen Weltanschauung zu brechen.

9. September 1936.

Zur schweizerischen Lage.

Aus der schweizerischen Lage hebt sich im Laufe der Berichtszeit ein Zug mit einer tragischen Deutlichkeit hervor: das ist die Unverfächtheit, mit welcher der *Bundesrat* für den spanischen Versuch der Niederwerfung von Demokratie, Sozia-

lismus, Liberalismus, Volksrecht und Volksfreiheit jeder Art Partei nimmt. Denn daß es sich um eine *Parteinahme* handelt, und zwar eine bewußte und entschlossene, darüber kann es keine Diskussion geben. Es genügt zum Beweis dafür schon das Lob Italiens für diese „vorbildliche Haltung“. Aber nun gibt es Parteinahme und Parteinahme. Es ist einmal ein Unterschied, ob Einzelne und ganze Gruppen im Volke Partei nehmen oder ob eine *Behörde* es tut, welche das Ganze vertreten sollte, und es ist ein Unterschied, ob man für die *Schweiz* Partei nimmt, d. h. für die Demokratie, von der ihr Leben abhängt, oder gegen die Schweiz, d. h. für den Faschismus, der ihren Tod bedeutete. Der Bundesrat aber nimmt als *Vertreter* der Schweiz Partei *gegen* die Schweiz. Er nimmt Partei für die *Klasse*, die er vertritt gegen den offenkundigen geschichtlichen Sinn der Schweiz. Und er tut es, wie gefragt, mit Bewußtsein und Absicht. Es gilt die Niederwerfung zunächst einmal desse[n], was diese Leute „Marxismus“ nennen, wozu aber die ganze Freiheits- und Menschlichkeitsbewegung, also mit Sozialismus und Pazifismus auch Liberalismus und Demokratie, gehören. Unsere herrschende Klasse, deren Organ (ganz nach Marx!) der Bundesrat ist, wird hierin einfach von dem Zuge mitgerissen, der die bürgerliche Welt überall da zum Faschismus führt, wo nicht befondere soziale oder geistige Widerstände das verhindern. Wir müssen die bequeme Harmlosigkeit abwerfen, die meint, ein Motta, Etter, Baumann, Minger, Pilez-Golaz seien im Grunde Leute, die im Elemente der Demokratie atmeten und sich bloß dann und wann wie ein Aal aus dem Wasser ein wenig darüber hinaus verirrten, etwa aus Angst vor Mussolini und Hitler. Diese Angst ist freilich vorhanden, aber noch viel mehr die Sympathie für sie (die bei Hitler bloß ein wenig zu fehr erschwert wird), die Empfindung, daß sie im Grunde die eigene Sache vertrügen, die Dankbarkeit, daß sie den „Marxismus“ und vielleicht gar noch die „Gottlosigkeit“ niedergeworfen hätten und vielleicht in noch größerem Maßstab niederwerfen würden. Ein Musy und ein Motta, mit einem De Reynold im Hintergrund, wohl auch ein Etter, leben in den Gedanken und Lösungen der Action Française, wie auch Otmar Spanns von der Ueberwindung der Französischen Revolution und der „Ideen des 19. Jahrhunderts“ und so fort. Ihnen ist der „Marxismus“ ohne weiteres eine gott- und staatsfeindliche Sache, seine Ueberwindung und Niederwerfung ein gottgewolltes Ziel und heute eine nicht zu versäumende gottgegebene Gelegenheit. Leute aber wie Baumann, Minger und Pilet-Golaz kommen von ihrem bürgerlich-kapitalistischen Denken her auf das gleiche Geleise. Das müssen wir uns durchaus klar machen. Die Gemütlichkeit muß gründlich aufhören. Es gibt kein Sich-Herumdrücken um die Entscheidung; der Kampf muß gekämpft werden; es geht um Sein oder Nichtsein auch einer *Schweiz*, die diesen Namen noch verdienen und nicht bloß ein kleines, „gleichgeschaltetes“ Flecklein im großen Bilde des Weltfaschismus sein soll.

In diesem Kampfe verwendet der Bundesrat immer ungescheiter das Mittel der *Diktatur*. Noch ist er damit nicht am Ende. In bezug auf *Spanien* liegt das klar am Tage. Dem Verbote von Geldsammlungen für die überfallene Volksfront ist das von Versammlungen und zuletzt das von Aeußerungen durch die Presse gefolgt. Die Parteinahme wird, wenn das noch nötig ist, kraß dadurch illustriert, daß die wildeste Hetze *gegen* die Volksfront und Verleumdungsbrochüren wie die von dem ultramontanen Verlag Walter in Olten herausgegebene „Greuel in Spanien“ durchaus unbehelligt bleiben. *Die* verstößen nicht gegen die Neutralität! Was diese Parteinahme für den spanischen Militärfaschismus vom Standpunkt der Schweiz aus bedeutet, ist in der Erklärung des „Freiheitskomitees“, die an anderer Stelle steht, und in den Erörterungen „Zur Weltlage“ genügend ausgeführt. Es soll hier bloß noch die Methode und Taktik des Bundesrates und seiner Agenten in der Presse und den kantonalen Regierungen etwas beleuchtet werden. Diese gehen gelegentlich (z. B. in Luzern), Mottas und Baumanns Herz verstehend, so weit, daß sie sogar Versammlungen verbieten, von denen zu erwarten wäre, daß sie für Spanien, d. h. die Volksfront, Partei nehmen könnten. So weit wären wir also. Was für ein Kinderpiel ist damit verglichen der Geßlerhut in Altorf! Nun versucht man es, nachdem der preußische Polizeileutnant eingeführt ist (vide Be-

dingungen für das Rassemblement!), auch mit dem Majestätsbeleidigungsparagraphen, verklagt zunächst eine paar „marxistische“ Zeitungen (die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ in Basel und die kommunistischen Organe „Vorwärts“ in Basel und „Kämpfer“ in Zürich, welche beide nun zur „Freiheit“ verschmolzen sind) und stellt weiteres in Aussicht.¹⁾ Dies sogar vor dem Internationalen Journalistenkongress in Bern, für den man sonst doch wenigstens Handschuhe angezogen hat. (Man soll im Ausland offenbar denken, wenn ein so freiheitlich gesinnter Bundesrat Pressemaßregelungen treffe, so müsse das bitter nötig sein!)

Selbstverständlich geschieht dies alles *gegen Recht und Verfassung*, ja unter krasser Verletzung derselben. Die Berufung auf deren Art. 102, welcher in Al. 9 und 10 dem Bundesrat die Sorge für die äußere Sicherheit, die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz, die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft und Handhabung von Ruhe und Ordnung aufträgt, wird zum Humbug, wenn vergessen wird hinzuzufügen, daß es zu Beginn des Artikels ausdrücklich heißt: „innert den Schranken der gegenwärtigen Verfassung“, und daß in dieser Verfassung die Freiheit der Rede und Schrift, der Organisation und der Versammlung verbürgt und die Mitwirkung der Bundesversammlung wie das oberste Bestimmungsrecht des Volkes vorausgesetzt ist. Wird jene Bestimmung ohne diese selbstverständliche Begrenzung genommen, so könnte der Bundesrat auf Grund davon die ganze Verfassung abschaffen und die Diktatur in optima forma, ja, wenn ihm der Einfall käme, die Monarchie einführen. Es könnte mit dem Paragraphen schließlich das gleiche geschehen wie mit dem § 48 der Weimarer Verfassung, mit dem über die Notverordnungen hinweg Hindenburg zuletzt Hitler in den Sattel gesetzt hat. Nochmals: diese Art, mit der Verfassung umzuspringen, ist Humbug schlimmster Art.

Machen wir es uns aber ganz klar: Es liegt darin System und Methode. *Es ist so, daß wir schon mitten im Faschismus leben.* Es ist freilich nicht genau der italienische, aber es ist schon Faschismus. Es ist die „autoritäre Staatsführung“ der gnädigen Herren von Anno dazumal, die De Reynolds Ideal sind, aber mit einem Zuschuß von „Ideen des 20. Jahrhunderts“, und das heißt: von bedenkenloser, sozusagen metaphysisch begründeter Brutalität, erbittertem Klassenhaß und Klassenresentiment.

Faschistisch, in *diesem* Sinne, ist der Bundesrat, zum mindesten in seiner Mehrheit, faschistisch die meisten bürgerlichen Regierungen, faschistisch ein großer Teil der Intellektuellen, faschistisch starke Strömungen in beiden Kirchen, faschistisch die „führende“ Presse. Oder wie will man etwa die Gesinnung und Haltung einer „Neuen Zürcher Zeitung“ mit ihrem Kultus Mussolinis, ihrer verbissenen Parteinahme gegen Abessinien und für die spanischen Putschisten, ihrem rasenden Haß gegen die Volksfront anders nennen? Es ist mehr oder weniger offener oder versteckter Faschismus auch in fast allen ihren Erörterungen über die Demokratie, die sie neuerdings sogar nicht mehr als Gegensatz zum Faschismus gelten lassen will. Aber nicht viel anders sind „Journal de Genève“, „Gazette de Lausanne“ und tutti quanti. Unser Bürgertum hat in seiner Angst und Wut, seinem geistverlassenen Materialismus und Unglauben die Demokratie vergessen.

So steht es und nicht anders. Und auf dieser Linie wird es weiter gehen, wenn nicht der *Widerstand* sich rasch erhebt und gefährlich wird. Machen wir uns keine Illusionen.

Woher soll der Widerstand kommen? Man erwartet ihn gewohnheitsgemäß am ehesten von der *Sozialdemokratie*. Es ist anzuerkennen, daß eine Erklärung, die sie gegen die unerhörte Haltung des Bundesrates erlassen hat, nicht nur würdig, sondern auch recht tapfer ist. Aber was soll man nun zu dem Versuch sagen, mit dem Bundesrat zu verhandeln. (Causer!) Ist das nicht schon ein Stück Kapitulation? Wird sich der nicht ins Fäustchen lachen? Man hat bis jetzt nicht den

¹⁾ Ihnen liegt es also ob, vor Gericht z. B. die „Unfähigkeit“ des Bundesrates zu beweisen, und diesem, seine Fähigkeit. Das kann gut werden!

Eindruck, als ob es mit dem Widerstand ernst werde. Die Sammlungen und die Versammlungen für Spanien sind doch so ziemlich eingestellt. Man hätte ganz anders reagieren müssen, so wie einst in den besten Zeiten unserer Demokratie. Auf dem Helvetiaplatz oder meinetwegen dem Fraumünsterplatz in Zürich, vor dem Bundespalast in Bern (dessen anmaßende und leere Architektur ganz dem Geist entspricht, der jetzt darin herrscht), hätten riesige, aus Bürgerlichen, Bauern und Arbeitern bestehende Volksversammlungen zeigen müssen, was sich der Schweizer bieten und nicht bieten lässt und daß es noch eine Schweiz gibt. Das hätte unvergleichlich mehr für die Rettung der Schweiz bedeutet als die — Manöver der Armee. Man hat gerade in diesen Wochen die Aeußerungen ausgegraben, die das Urbild des echten schweizerischen Demokraten, *Gottfried Keller*, bei Anlaß des polnischen Aufstandes im Jahre 1863 getan hat, also zu einer Zeit, wo seine revolutionäre Jugend schon längst zum klaren Wein geworden war, und man hat mit Staunen erfahren, daß auch die Spitzen des Heeres und der Bundespolitik nicht anders dachten und ohne weiteres bis zum äußersten für den Vertreter der *polnischen Freiheit* gegen den zaristischen Despotismus Partei nahmen. Aber wir müssen uns schmerzlich klar machen, daß wir es mit einem *gebrochenen Geschlecht* zu tun haben. Viele Faktoren, gegen die wir uns leidenschaftlich gewehrt haben und doch noch nicht scharf genug, nicht hellsehig genug, haben dazu beigetragen. Wir ernten nun, was gesät worden ist. Es ist unter diesen Gesichtspunkten, auch wenn man selbst nichts von Waffen erwartet, doch erfreulich, zu sehen, daß es in der Schweiz noch junge Menschen gibt, welche an der Seite der spanischen Freiheitskämpfer ihr Leben einsetzen möchten. Noch ist Hoffnung auf Erwachen und Widerstand.

Doch müssen wir die Sachlage noch weiter beleuchten.

In diesen Zusammenhang ist zunächst die sogenannte *Wehranleihe* zu stellen. Ich will hier nicht noch einmal hervorheben, was andere schon getan haben, daß es ein bezeichnendes Licht auf den Patriotismus der großen Geldbeutel wirft, wenn der Bundesrat ihnen immerhin drei Prozent und Steuerfreiheit für diese bewilligen mußte, um sie ein wenig zu öffnen. Bedeutamer noch ist, daß an der Spitze des Komitees, das nun die große Glocke für den patriotischen Kultus dieser Wehranleihe läuten soll, ausgerechnet die schlimmsten Reaktionäre der Schweiz stehen, ein Direktor Haas von der Mittelpresse und gleichzeitig vom „Bund für Volk und Heimat“, ein Valloton, ein Professor König, meines Wissens der Adlatus des für „Blut und Boden“ schwärmenden Professor Laur. Das sieht schon sehr nach der Erklärung des Bundesrates in seinem Aufruf aus: „Wer auf die Wehranleihe zeichnet, hilft mit, das höchste Gut jedes Schweizers, die Freiheit und Unabhängigkeit (!) des Vaterlandes zu schirmen und zu bewahren.“ Das sieht schon sehr nach der „demokratischen“ oder gar „sozialistischen“ Armee gewisser sozialdemokratischer und sogar kommunistischer Politiker aus. Aber nun bedenken wir vor allem die soeben festgestellte und nicht zu bezweifelnde Tatsache der Faschisierung unsrer herrschenden Kreise. Sollten die uns wirklich gegen den — Faschismus verteidigen? Sollte das wirklich der Sinn der Armee sein? Sollten die militärischen Führer etwa große Antifaschisten sein? Wenn ihr aber antworten solltet, man müsse darum erst recht das Heer „demokratisieren“, damit es dieser Gefahr nicht verfalle, so erinnere ich an das beim Blick auf Spanien über die Eigengesetzlichkeit des Militärs Gesagte. Auf alle Fälle steht fest: Hier steht unsere allergrößte Gefahr. Die Front ist nicht mehr „national“ — betrügt euch nicht! Paßt auf!¹⁾

¹⁾ Auf den Sozialismus gewisser einstiger Radikalinsky wirft die Notiz ein Licht, die ich soeben gelesen habe, daß neben dem Regierungsrat Siegrist auch Arthur Schmid Mitglied des aargauischen Komitees für die Wehranleihe geworden sei. Ich erinnere mich an ein öffentliches Religionsgespräch, das ich vor Jahren in Aarau mit diesen großen „Freidenkern“ gehabt habe. An Christus glauben sie nicht, wohl aber an — Bircher.

In dieses Licht müssen wir auch die neueste Tat des Motta-Bundesrates stellen: die Rücknahme der Ausweisung jener *Mussolini-Journalisten*, die nicht nur die Ehre der Schweiz und des Völkerbundes mit Füßen getreten, sondern auch alle Gefühle der Menschlichkeit, um vom Christentum zu schweigen, verhöhnt haben. Damit vergleiche man die Ausweisung der *Isabelle Blume*, einer der bedeutendsten und besten Frauen unserer Zeit. Warum? Ganz einfach weil sie Sozialistin ist. (Sie ist religiöse Sozialistin.) Und mit welcher Brutalität: mitten aus einem Bildungskurs heraus, wie bei einer Verbrecherin Fingerabdrücke von ihr nehmend, haben die Frieshardt und Leuthold Wilhelm Tells diese Frau gerissen und an die Grenze geschafft. Nur weil sie Sozialistin ist!

Kehren wir aber noch einen Augenblick zu jenen Journalisten zurück. Ihre Wiederzulassung, wenn möglich zu neuem Skandal, ist nicht nur ein Bückling vor Mussolini, sondern zugleich ein Faustschlag ins Gesicht *Nicole*s. Und nun beachte man den ganzen wütenden Feldzug gegen diesen Mann. Der Feldzug gilt natürlich nicht diesem Manne mit seinen Tugenden und Fehlern, sondern der Tatsache eines sozialistischen Genf. Die will man so wenig ertragen, als die spanischen Generäle eine Herrschaft der Volksfront.

Diesen Tatsachen reihen sich im gleichen Sinne andere an. Mit der Nachsicht gegen den die russischen Völkerbundsdelegierten im feindseligen Sinne überwachten Konovalcz vergleiche man die strenge Bestrafung derer, die es in freundlichem Sinne taten, der Planche, Norman, Stenn. Und die *Freilassung Eiseneggers* gegen 500 Franken Kaution. Man erinnert sich dieses Friedrich Eisenegger, eines „Führers“ der „Nationalen Front“, der von Göbbels als Vergünstigung die Erlaubnis erbat, 340 000 Franken aus Deutschland beziehen zu dürfen „für die Förderung eines gefunden und bodenständigen Germanentums im sprachlichen Grenzteil der Westschweiz“, und der seinen mit „Heil Hitler!“ schließenden Brief auch dem großen Erneuerer Rolf Henne gezeigt hatte, wie auch nachgewiesen ist, daß er mit dem aus dem Berner Prozeß bekannten Obersten Fleischhauer einen schweizerischen „Nachrichtendienst“ für jenen Zweck einrichten wollte — im übrigen ein sehr dubioser Kerl! Diesem Eisenegger hat man gegen 500 Franken Kaution die Gelegenheit verschafft, möglichst viel von dieser Sache zu verwischen. Und dann ist man gleichzeitig gegen den sozialistischen Regierungsrat *Bührer* in Schaffhausen losgefahren, der auf eine freilich nicht ganz korrekte Weise in dieses Treiben hineingeleuchtet hat.¹⁾

In diesem Regierungsrat *Bührer*, unserem Freunde, ist auf einmal ein *Mann* aufgetaucht. Er hat, wohl ohne gerade daran zu denken, verwirklicht, was Gottfried Keller immer wieder für Zeiten fordert, wo die damit Beauftragten versagen oder das Gegenteil tun: *dass der Bürger selbst zum Rechten sehe*. Das ist kein idealer Zustand, aber es ist Notwehr. Das Amtsgelübde, auf das der wackere Mann, der zu seiner Sache tapfer steht, sich beruft, ist für diese Aufgabe geradezu vorbildlich: „*Da zu schweigen, wo Reden Schaden brächte, und da zu reden, wo Schweigen Schaden brächte; alles nach bestem Wissen und Gewissen.*“ Wir sagen, wie die Römer in solchen Fällen: *Pro patria bene meritus est* (Er hat sich um das Vaterland verdient gemacht). Solche Leute hat die Schweiz nötig.

All seiner Preisgabe der Schweiz setzt nun der Bundesrat (d. h. in solchen Fällen immer: Motta) die Krone auf durch sein *Memorandum für die Reform des Völkerbundes*. Es ist eher ein Memorandum für seinen Ruin. Unter dem heuchlerischen Vorwand der mangelnden Universalität des Völkerbundes (denn hat nicht

¹⁾ Zu dieser Affäre Eisenegger gehört die des Tessiners *Fugazzo*, welcher in der Schweiz eine förmliche Spionageagentur für Hitler-Deutschland zum Schaden Frankreichs unterhielt, und ich scheue mich nicht, *Jakob Schaffners* Eintritt in die „Nationalen Front“ in den gleichen Zusammenhang zu stellen. Schade, daß Jakob Schaffners schwärmendem Herzen nicht ein klarer *Nous*, d. h. ein kritisches, sittlich orientiertes Denken zur Seite steht.

Motta durch seinen Kampf gegen Rußlands Eintritt diese Universalität zu verhindern versucht?) wird für die Schweiz in Anbetracht ihrer „besonderen Umstände“ (die natürlich nicht fehlen dürfen) so ziemlich klar in Anspruch genommen, daß sie von Sanktionen befreit werde, womit denn auch der *Londoner Vertrag*, nachdem man ihn so lange, gegen seinen Sinn, für die Zwecke des schweizerischen Militarismus ausgenutzt hat, offenkundig verletzt wird. (Wir müssen diese Mode doch auch mitmachen!) Es ist wieder ein Dokument, über das jeder Schweizer, der dessen noch fähig ist, sich schämen muß. Daß ausgerechnet ein Blatt wie die „Nationalzeitung“ ihm zustimmt und in seinem Geiste sogar den Austritt aus dem Völkerbund ins Auge faßt (7. September), das könnte uns an der Schweiz endgültig zweifeln lassen.¹⁾

Was bedeutet im Angesicht solcher Tatsachen eine Bundesfeier mit ihrem leeren Spektakel? Es ist bezeichnend, daß man nach einem „Schutz“ für sie ruft. Gegen die Kommunisten! Die „Neue Zürcher Zeitung“, die sich über deren neuen Patriotismus nicht genug aufregen kann, hat einen Witz gefunden, und weil ihr das nicht zu oft passiert, wiederholt sie ihn immer wieder: „Die Kommunisten im Hirtenhemd!“ Aber man denke sich die Redaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“ im Hirtenhemd! — Die Ueberführung der Bundesbriefe in ein neues prunkvolles Schaugebäude sah wie eine Beerdigung aus, und an der Rede des Bundesrates Etter war nur die Reaktion echt. Daß man plötzlich Schimmel an diesen Briefen entdeckt hat, ist wirklich ominös. — Wenig Trost ist, daß man endlich den Professor Gerlach in Basel, einen Hitlerpropagandisten, abgesetzt hat, daß der „Bund für Volk und Heimat“ mit samt seiner „Eidgenössischen Zeitung“ eingegangen ist, oder auch, daß Professor Keller-Tarnuzzer für uns auch eine Nationalität aus „Blut und Boden“ entdeckt hat, nämlich in unserer Abstammung von den Pfahlbauern. (Die Hypothese hat im übrigen einiges für sich: wir könnten uns ganz gut aus Pfahlbauern zu Pfahl-Bürgern entwickelt haben!) Und erst Emil Bärs Vorschlag eines aus allen vorhandenen zusammengeoffneten Schweizerdialektes als unserer Nationalsprache!

Kehren wir zum Ernst der Lage zurück, der durch solches Satyrspiel nur hergehoben wird. *Es gilt die Organisation des Widerstandes.* Unter diesem Gesichtspunkt müßte auch die *sozialistische Politik* stehen. Es wird im Schoße der Partei und der Gewerkschaften, zum Teil in der „Nation“, die ja stark mit den Gewerkschaften verbunden ist, über „Einheitsfront“, „Volksfront“, „Arbeitsfront“ diskutiert und mit dem Schlagwort von der „Demokratie“ viel Mißbrauch getrieben. (Denn wo ist heute die „Demokratie“?) Mir scheint, es bleibe doch nur die Lösung von der *Volksfront* übrig, d. h. einem sowohl weiten als im guten Sinne radikalen, volksumfassenden Sozialismus, der auch die Elemente wahrer Demokratie und wahren Liberalismus einschlösse. Diese „Volksfront“ muß ja nicht gerade nach dem Vorbild der französischen und spanischen gedacht werden; sie kann und soll spezifisch schweizerischen Charakter haben. Dafür sind die *sozialen* und *religiösen* Grundlagen zu schaffen.

Um einen solchen Kern, ein neues Rütli, ist der *Widerstand* zu organisieren. *Zu ihm ist aufzurufen!*

Ich habe vom 1. August geredet, wie er unsere heutige Lage traurig widerpiegle. Was wir nötig haben, ist der *Betttag* — im weitesten Sinne, nicht nur der am dritten Sonntag des September — aber ein *rechter Betttag*. Der allein rettet uns.

10. September.

¹⁾ Die Jugendvereinigung „*Nie wieder Krieg*“ hat unter dem Titel: „*Soll der Völkerbund sterben?*“ eine sehr warme, kräftig und klar geschriebene Flugschrift herausgegeben, die sehr empfohlen werden muß und weite Verbreitung finden sollte. Sie ist ein gutes Gegengift gegen die im Text angeführten Bestrebungen.